



Landeskongress 2021

Sicherheit 4.0 – Polizei der Zukunft

Von Sascha Alles, Landesvorsitzender



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es sind besondere Zeiten, in denen der diesjährige Landeskongress der DPoIG im Saarland stattfindet. Die Pandemie hält uns alle seit über einem Jahr in Atem. Gerade die Polizei, die auch in diesen schwierigen Zeiten gefordert ist, hat einmal mehr bewiesen, dass man sich auf unsere Kolleginnen und Kollegen verlassen kann.

Trotz des Personalabbaus der letzten zehn Jahre, deutlicher Arbeitsverdichtung und immer noch großer finanzieller Nachteile im Vergleich zu Bund und anderen Ländern leistet die Polizei im Saarland täglich enorm viel.

Dabei stehen wir bereits heute vor den großen Herausforderungen der Zukunft. Die Digitalisierung unserer Welt macht

keinen Halt. Alle Lebensbereiche sind betroffen und müssen diese Aufgaben bewältigen. Für die Polizei bedeutet das bei einer schwierigen Ausgangslage: mehr Technisierung und Digitalisierung des Arbeitsalltags, neue Formen der Kriminalität und deren Bekämpfung sowie die dringende Notwendigkeit, durch Aus- und Fortbildung die notwendigen Kompetenzen zu erlangen.

Hat man in den 90er-Jahren den Umstieg von der Schreibmaschine zum PC noch als Meilenstein der Entwicklung bei der Polizei gesehen, so ist die heutige Entwicklung im Vergleich deutlich rasanter und tiefgreifender. Dies wird durch Projekte wie Polizei 2020 deutlich:

„Bislang basiert die Informationsarchitektur der Polizei in

Deutschland auf einer Vielzahl unterschiedlicher Datentöpfe, die kaum miteinander verbunden sind. Eine zersplitterte IT-Landschaft, die von Eigenentwicklungen, Sonderlösungen, Schnittstellen, unterschiedlichen Dateiformaten und Erhebungsregeln geprägt ist, genügt nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Polizeiarbeit.“ (Auszug aus dem Programm Polizei 2020)

Die Saarbrücker IT-Agenda hat daher das Problem erkannt und aufgegriffen.

Wir brauchen dringend eine gemeinsame, moderne und einheitliche Informationsarchitektur für die Polizeien des Bundes und der Länder!

Man könnte sich natürlich fragen, warum man diese Idee >

Impressum:

Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)

Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553

www.dpolg-saar.de
E-Mail:
info@dpolg-saar.de

ISSN 0937-4876



nicht schon früher hatte, denn die Probleme, die unsere Kolleginnen und Kollegen täglich aufgrund einer uneinheitlichen und teilweise veralteten Technik haben, sind unnötig und quasi selbst verursacht. Denn Kriminelle scheren sich weder um Landesgrenzen noch um die aktuelle Ausstattung der Ermittlungsbehörden. Und das Internet beziehungsweise Darknet ist sowieso schier grenzenlos und somit auch die kriminellen Möglichkeiten.

Ist es in der Vergangenheit fast polizeiimmanent gewesen, den technischen Entwicklungen hinterherzuhinken und somit auch den Kriminellen, muss es der Anspruch der Polizei und generell aller staatlichen Sicherheitsbehörden sein und werden, dies künftig zu überwinden.

Wir müssen schneller, effizienter und natürlich digitaler werden. Nur so können wir den Rechtsstaat auch in allen Lebensbereichen, ob analog oder digital, durchsetzen und verteidigen. Dies ist keine Kann-Aufgabe, sondern eine Verpflichtung, die uns das Grundgesetz täglich aufträgt. Die Wehrhaftigkeit der Demokratie muss auch im Zeitalter von Cybercrime handlungsfähig sein. Es darf keine rechtsfreien Räume oder Parallelwelten geben, die sich verselbstständigen.

Das muss unser aller Anspruch und Ziel sein!

Nicht zuletzt, sondern an erster Stelle muss aber bei all dem der Mensch stehen. Genauer gesagt, unsere Kolleginnen und Kollegen.

Wie auch beim Wechsel zum PC in den 90ern wird es auch jetzt wieder wichtig sein, dass wir alle auf dem Weg in die digitale Zeit mitnehmen. Natürlich gibt es bei der Polizei viele Kolleginnen und Kollegen, de-

nen der Umgang mit neuer Technik leichterfällt und bei denen auch eine gewisse Affinität vorhanden ist. Nicht vergessen werden dürfen diejenigen, die Unterstützung brauchen. Denn gute Polizeiarbeit beginnt schon im Kleinen!

Es muss ein System des „Helfens und Unterstützens“ entwickelt werden, bei dem sich alle verstanden und mitgenommen fühlen.

Ein wichtiger Baustein wird die Aus- und Fortbildung sein. Dabei müssen gerade hier auch notwendige Mittel da sein, um die teilweise hohen Kosten hierfür zu schultern.

Natürlich muss klar sein, dass alle schönen Ideen auch Kosten verursachen werden. Wer die Digitalisierung vorantreiben möchte, muss auch in sein Personal investieren. Als DPolG sind wir der festen Überzeugung, dass dies nur durch eine garantierte Mindestpersonalisierung gelingen kann. Personalpolitik nach Kassenlage ist da fehl am Platz und kann sogar zum Scheitern führen.

Gute und motivierte Leute werden wir auch in Zukunft nur mit entsprechenden Anreizen finden. Die Zeiten von Bewerberschwemmen sind längst vorbei. Die freie Wirtschaft hat das schon vor Jahren erkannt. Der öffentliche Dienst hinkt hier leider hinterher.

Dabei gibt es in einigen Bundesländern schon gute Entwicklungen, die uns optimistisch machen sollten.

Wir brauchen auch in Zukunft mehr Beförderungsperspektiven (alle müssen mindestens in die A 11), aber auch gerade die Führungskräfte, die eine besondere Verantwortung zum Gelingen des gemeinsamen Ziels haben, müssen deutlich schneller befördert werden.

Die aktuellen Wartezeiten in der Polizei im Saarland sind nicht mehr vertretbar. Hinzu kommt die Notwendigkeit, auch mehr Perspektiven für Tarifkräfte zu schaffen. Gerade im IT-Bereich sind wir noch deutlich unter dem bundesweiten Schnitt.

Auch stehen wir aktuell wieder vor den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder. Wir werden genau beobachten, wie sich die Pandemie und ihre Folgen hier auswirken. Aber eins darf ich an dieser Stelle bereits betonen:

Wir werden nicht die Lasten der öffentlichen Haushalte tragen und am Ende die Rechnung für alle zahlen. Gerade der öffentliche Dienst und speziell die Polizei haben deutlich gemacht, auf wen man sich in Krisenzeiten deutlich verlassen kann!

Wir erwarten daher auch zeitnah noch eine deutlich „bessere“ Entscheidung beim Thema Polizeizulage. Wenn der Bund innerhalb von eineinhalb Jahren diese Zulage um fast 100 Euro auf nun 228 Euro/Monat erhöht, dann wirkt die aktuelle Vorlage zur Erhöhung im Saarland von 7,75 Euro auf zwei Jahre verteilt mehr als mickrig. Von der Dynamisierung spricht man übrigens auch nicht mehr.

Was soll man dazu sagen, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen täglich mit der Bundespolizei zusammenarbeiten, jedoch finanziell deutlich schlechtergestellt werden? Begeisterung sieht auf jeden Fall anders aus!

Wir haben im Bereich der Ausstattung im Saarland aber auch positive Entwicklungen. Unser Lieblingsthema Bodycam ist nicht nur umgesetzt, sondern der Einsatz ist mittlerweile auch in Wohnräumen möglich. Das war eine harte

Nuss, die uns auch viel Argumentationsgeschick abverlangte, da es auch Kritik gab. Am Ende ist es gelungen einen Kompromiss zu finden, der vor allem der Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen dient.

Wir werden im Saarland noch in diesem Jahr flächendeckend mit dem Distanzelektroimpulsgerät ausgestattet sein. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern auf unser Beharren und die Unterstützung des Innenministers zurückzuführen. Die mittlerweile gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass es absolut richtig war, dieses Einsatzmittel zu beschaffen. Die Kolleginnen und Kollegen sind nicht selten froh, auf das DEIG zurückgreifen zu können und somit Eskalationen frühzeitig zu verhindern.

Die Infrastruktur der Polizei wird weiter ausgebaut. An manchen Stellen war dies auch kein Luxus und nötig. Durch den Umbau in Kikel und den Neubau der PI Saarbrücken Stadt werden wichtige Projekte umgesetzt. Auch hier sind wir als Gewerkschaft gefordert, um den Kolleginnen und Kollegen gerecht zu werden.

Die Mobility-Strategie der Behörde sieht unter anderem eine persönliche Ausstattung mit Handys vor, um dienstliche Abläufe wie die Unfallaufnahme zu vereinfachen. Auch hier ist der Weg richtig, jedoch bedarf es auch hier der konstruktiv-kritischen Begleitung durch die DPolG. Denn nicht jede Idee findet bei den Kolleginnen und Kollegen immer eine positive Resonanz. Handling, Praktikabilität und Effizienz müssen zusammengebracht werden.

Am Ende kann auch nur so das Projekt Sicherheit 4.0 – Polizei der Zukunft gelingen. ■



Schieß- und Einsatztraining DPoIG setzt sich für dringend notwendige Verbesserungen ein

Der aktuelle Stand beim Schieß- und Einsatztraining bei unseren saarländischen Kolleginnen und Kollegen ist in vielen Bereichen katastrophal. Die Mindestvoraussetzung, das Erhaltungsschießen, findet viel zu selten, in einigen Fällen sogar seit Jahren gar nicht statt.

Bei Einsatztrainings oder Fortbildungen in den Bereichen Umgang mit Führungs- und Einsatzmitteln (FEM) oder Abwehr- und Zugriffstechniken (AZT) sieht es noch schlechter aus. Außerhalb des Studiums zum gehobenen Polizeivollzugsdienst haben die wenigsten Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, sich in diesen Themenfeldern fortzubilden.

Es muss festgestellt werden, dass grundsätzlich verschiedene Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Erhaltungsschießen, einsatzmäßiges Schießen (Modul 3), Einsatztraining mit Amok (Modul 4), Schießen unter erschwerten Bedingungen, angeboten werden.

Die Teilnahme an diesen Maßnahmen scheitert jedoch oft

aus den unterschiedlichsten Gründen. Zum einen werden die Maßnahmen priorisiert an verschiedene Organisationseinheiten (OE) vergeben, zum anderen ist es aus dienstlichen Gründen, wie dem Erhalt der Mindestkommandostärke (MKS), nicht möglich daran teilzunehmen oder das Angebot reicht für die Zahl der Interessenten nicht aus.

Bei dem Versuch, den Ursprung dieser Misere zu erforschen, kann schnell festgestellt werden, dass es nicht nur ein Problem, sondern vielmehr eine Vielzahl an Problemstellungen gibt.

Ein immer wieder auftretendes Problem ist der Zustand unserer Raumschießanlagen (ORSA). Der Unterhalt und die



> Treffen mit der Behördenleitung

Wartung der Anlagen sind aufwendig. Bei notwendigen Reparaturen, die in der Vergangenheit vermehrt erforderlich wurden, sind die einzelnen ORSA über einen längeren Zeitraum nicht verfügbar. Dies führt zu Engpässen bei der Durchführung von Schießfortbildungen.

Als Lösung dieses Problems könnte die Errichtung eines Schießkinos zielführend sein. Dieses ist wartungsarm und birgt weniger Risiken für die Nutzer und Trainer (Geräuschbelastung, Schadstoffbelastung, Verletzungsrisiko). Auf Dauer könnte ein Schießkino sogar Kosten senken, da keine Munition verbraucht wird.

Ein Schießkino kann jedoch nur eine Ergänzung zur Schießaus- und -fortbildung sein.

Weiterhin gestaltet sich die Buchung, insbesondere von Schießterminen zum Erhaltungsschießen, oftmals als schwierig. Hier ist jedoch bereits eine Besserung in Sicht. Im Bildungs-Management-System (iBMS) wird das ET-Modul integriert. Damit soll es zukünftig möglich sein, Schießtermine in Polizei-Online zu buchen. Weiterhin soll es damit möglich sein, die Kapazitäten besser auszuschöpfen, indem nicht ein Zeitfenster für eine Dienststelle oder eine Dienstgruppe gebucht wird, sondern freie Plätze auch einzeln angezeigt werden.

Die Vereinbarkeit von allgemeinem Dienst, Aus- und Fortbildung ist eines der Hauptprobleme. Gerade bei den operativen OEn, bei denen die Gefahr eines Schusswaffengebrauchs am höchsten ist, muss zum Beispiel die MKS gehalten werden, bevor ein Termin zur Aus- und Fortbildung gebucht werden kann. Dies ist aufgrund des geringen Personalkörpers bei ausnahmslos allen Polizeiinspektionen schon schwer genug. Die Teilnahme an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen ist im Spannungsfeld Regeldienst (MKS) – Urlaub – Dienstzeitregelung oftmals kaum möglich.

>



> Treffen mit dem Leiter GB Fortbildung



Die einfachste und zugleich schwierigste Lösung für dieses Problem ist mehr Personal. Die Berechnung von Personal muss zukünftig deutlicher als bisher die Möglichkeit oder sogar Verpflichtung zu Teilnahme aus Aus- und Fortbildungsveranstaltungen berücksichtigen.

Mehr Personal wird auch bei den Schieß- und Einsatztrainern benötigt, um eine effiziente und professionelle Aus- und Fortbildung für alle zu gewährleisten.

Die Schießgrundausbildung für die Studierenden nimmt viel Zeit in Anspruch, die beim Bestandspersonal fehlt. Wenn alle Polizeibeschäftigten dem derzeitigen Ziel, einmal im Jahr schießen zu gehen, gerecht werden sollen, reicht das derzeitige Personal schon kaum aus. Eine professionell ausgebildete Polizei sollte sich hingegen nicht mit einem einmaligen Erhaltungsschießen zufriedengeben. Vielmehr muss das Ziel sein, alle Waffenträgerinnen und Waffenträger jährlich mehrfach zu beschulen und das sowohl in der Schusswaffe P10, in der MP5, aber auch in den sonstigen FEM.

Dafür reichen das bestehende Personal an der FHSV beziehungsweise die vorgesehenen Stellen bei Weitem nicht aus. Eine Stellenerhöhung allein wird in diesem Bereich jedoch auch nicht ausreichen. Die letzten Stellenausschreibungen haben deutlich gemacht, dass es an Attraktivität der Stellen fehlt. Hier muss deutlich nachgebessert werden.

Eine professionelle und gut ausgebildete Polizei muss regelmäßig und planbar an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen können. Jede und jeder Polizeibedienstete muss in diesem Zusammenhang

	Operativ tätige Dst	Ermittlungs-Dst	Dst ohne Außenkontakt
Erhaltungs-Schießen	4 x jährlich	2-3 x jährlich	1-2 x jährlich
Modul 3 – ein-satzmäßiges Schießen	Alle 2 Jahre	Alle 2 Jahre	Alle 3 Jahre
Modul 4 – Amok	Alle 2 Jahre	Alle 2 Jahre	Alle 2 Jahre
Umgang mit FEM	1-2 x jährlich	1-2 x jährlich	1 x jährlich
AZT	4 x jährlich	2-3 x jährlich	1-2 x jährlich
Einsatztraining	1-2 x jährlich	1-2 x jährlich	1 x jährlich

© DPoLG (3)

auch wissen, was von ihr/ihm in welchem zeitlichen Rhythmus erwartet wird.

Wir fordern daher ein Konzept zur Steigerung der Aus- und Fortbildung im Bereich Einsatztraining und Schießen.

In diesem Konzept sollte zwischen Spezialeinheiten, operativ tätigen Dienststellen, Ermittlungsdienststellen mit Außenkontakt und Dienststellen ohne Außenkontakt unterschieden werden. Die Bedürfnisse der Dienststellen unterscheiden sich, jedoch müssen alle einen ausreichenden Fortbildungsstand haben.

Die Tabelle zeigt einen Vorschlag, mit dem aus Sicht der DPoLG ein gutes Aus- und Fortbildungsniveau erreicht werden kann. Die Bedürfnisse der Spezialeinheiten wurden in diesem Zusammenhang bewusst nicht aufgeführt.

Die Durchführung dieser Fortbildungsmaßnahmen sollte aus Sicht der DPoLG verpflichtend sein, da sie dem Schutz jeder und jedes Polizeibediensteten dient und da so auch eine Gewährleistung besteht, dass die erforderlichen Zeiten für die Maßnahmen in die Dienstzeit integriert werden können.

Die Forderungen der DPoLG im Überblick:

- > Dezentrale Einsatztrainings auf den Polizeiinspektionen
- > Verpflichtendes Schieß-, Einsatz- und Selbstverteidigungstraining

Schaffung eines Schießkinos (digital)

- > Deutliche Erhöhung des Personals und Steigerung der Attraktivität der Stellen bei den Schieß- und Einsatztrainern
- > Kritische Betrachtung der unterschiedlichen Zuständigkeiten bei der Aus- und Fortbildung

Zur Durchsetzung unserer Forderungen haben wir bereits erste Gespräche geführt. Am 13. Juli 2021 haben wir ein erstes Gespräch mit der Behördenleitung des Landespolizeipräsidiums geführt. Ein Folgetermin fand am 27. Juli 2021 bei der Fachbereichsleitung polizeiliche Fortbildung bei der FHSV statt. Ein nächster Termin ist mit dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport geplant. ■

> Geburtstage im September

Wir gratulieren folgenden Kolleg(inn)en herzlich zum Geburtstag:

K. J. Schäfer	66 Jahre	S. Schmidt	30 Jahre
W. Kummer	78 Jahre	W. Roth	60 Jahre
H. Bellmann	69 Jahre	T. Vester	63 Jahre
K. Weyland	76 Jahre	K. Mohrbacher	68 Jahre

Alles Gute und bleibt vor allem gesund!

Eure DPoLG

> Hat sich was geändert?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind sehr abhängig von Daten und vor allem von deren Aktualität. Leider stellen wir immer wieder fest, dass Bankverbindungen geändert wurden oder Dienststellenwechsel stattgefunden haben, von denen wir nichts wissen.

In der Folge gehen Infos an euch verloren oder es entstehen unnötige Kosten wegen Rückbuchungen.

Daher die Bitte an alle:

Hat sich die **Adresse, Bankverbindung, der Familienname, die Gehaltseinstufung/Besoldung (Beförderung/Teilzeit/Ruhestand), Dienststelle oder etwas anderes Relevantes** geändert?

Dann kurze Info an: info@dpolg-saar.de

Wenn ihr Papa oder Mama geworden seid, freuen wir uns natürlich auch über eine Rückmeldung und einen Antrag auf unseren **Kinderbonus**, den ihr dann bekommen könnt.

Wir hören voneinander!

Eure DPoLG